

FDP Main-Kinzig

FDP-KREISTAGSFRAKTION WÜNSCHT SICH EINE ZUKUNFTSPERSPEKTIVE FÜR DAS UNDERWOOD-AREAL

18.01.2024

Nicht nur Reagieren, sondern Agieren

- FDP-Kreistagsfraktion wünscht sich eine Zukunftsperspektive für das Underwood-Areal

Mehr Klarheit für die zukünftige Entwicklung im Gelände der Underwood-Kaserne in Hanau-Großauheim fordert die FDP-Kreistagsfraktion anlässlich der Fertigstellung der Sanierung der ehemaligen Soldatenunterkünfte hin zu einer Unterkunft für Geflüchtete.

In etwas mehr als einem Jahr haben die Hanauer Baupro und der Landkreis das vorher leerstehende ehemalige Kasernen-Areal zur Aufnahme von Geflüchteten instandgesetzt. Bereits seit einem Jahr sind Flüchtlinge in Leichtbauhallen auf dem Gelände untergebracht und können nun kurzfristig in die neuen Quartiere umziehen.

„Bei der Umsetzung der Maßnahmen von einer in die Jahre gekommenen Kaserne hin zu einer Unterkunft für Geflüchtete wurde effizient gearbeitet“, zeigt sich der Fraktionsvorsitzende der FDP-Main-Kinzig, Prof. Joachim Fetzer, beeindruckt und ergänzt: „Die großräumige Anlage entlastet die Kommunen bei der Unterbringung und schafft einen zentralen Aufnahmeort, in den auch Möglichkeiten der Kinderbetreuung und des Lernens integriert worden sind.“

„Wir freuen uns über die zügige Umsetzung des Projektes und unserer Initiative“, so Daniel Protzmann, sozialpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion.

Bereits zu Beginn des Ukraine-Krieges hatten die Liberalen das Areal als Aufnahmeort für ukrainische Geflüchtete ins Gespräch gebracht. Protzmann fordert insgesamt mehr

Tempo, insbesondere bei der Bearbeitung der Asylverfahren und den folgenden Gerichtsverfahren: „Asylverfahren dauern in Hessen mehr als 30 Monate – allein das Land Brandenburg ist noch langsamer.“

„Außerdem sollte man frühzeitig an die Zukunft denken“, fordert der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete und frühere Stadtrat der Stadt Hanau, Prof. Dr. Ralf-Rainer Piesold und führt aus: „Es muss für die Bevölkerung deutlich werden, dass es sich hier nicht für alle Zeiten um eine Unterkunft für Flucht-Migrantinnen und -Migranten handeln wird, sondern dass aktiv nach einer späteren Anschlussnutzung gesucht wird. Bislang haben sich jedoch sowohl die Kreisspitze als auch die Stadt Hanau über Nachnutzungskonzepte ausgesprochen.“

„Die Unterbringung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1998 war für die Stadt Hanau auch der Startschuss für die Konversion der ehemaligen amerikanischen Kasernen. Heute befinden sich in den Gebäuden der Hessen-Homburg Kaserne das technische Rathaus und die Hessen-Homburg- Schule“, erinnert Ralf-Rainer Piesold an positive Entwicklungen der Vergangenheit.

„Eine ähnliche Entwicklung könne es auch mit dem Standort Underwood-Kaserne geben“, erläutert der ehemalige Wirtschaftsdezernent der Stadt Hanau und ergänzt: „Durch die unmittelbare Nähe zur ehemaligen Großauheim Kaserne, auf der ein sehr großes Rechenzentrum entsteht, erschließt sich ein erhebliches Potential, um zum Beispiel eine Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie voranzutreiben.“

Kurzfristig jedoch steht die jetzt anstehende Nutzung im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Freien Demokraten hatten vor allem ukrainische Flüchtlinge vor Augen, als sie das Gelände ins Gespräch brachten. „Die Kreisspitze hat aber allen Forderungen nach Schwerpunktsetzungen in der Belegungspraxis eine Absage erteilt. Zusammen mit der nahegelegenen Pioneer-Kaserne ist in beiden Unterkünften Platz für etwa 2.500 Bewohner. Wir müssen die Entwicklungen hier genau im Auge behalten“, erklärt Piesold.

„Wichtig wird vor allem sein, dass man mögliche Bedenken und Sorgen aus der Bevölkerung ernst nimmt und nicht als unangemessen in eine falsche Ecke stellt. Manche Befürchtungen entbehren konkreten Grundlagen und sind mehr ein Gefühl“, berichtet Joachim Fetzer aus Standortdiskussionen aus seiner Heimatstadt Maintal und fährt fort: „Aber wer das nicht ernst nimmt, trägt selbst zur Spaltung der Gesellschaft bei, die er

anschließend beklagt.“

„Einig sollten sich aber alle in einem Punkte sein“, wünschen sich die Freien Demokraten unisono: „Nämlich im Wunsch, dass wir die Möglichkeiten für Notversorgung, Notküchen und ähnliches, die es in der Underwood-Kaserne gibt, nie für die eigene Bevölkerung werden nutzen müssen.“

„Wenn sich unser Frieden in Freiheit nicht verteidigen lässt, dann kommen nochmals ganz andere Problem als die Standortfragen für Flüchtlingsunterkünfte auf uns zu. Die Erhaltung von Freiheit und Frieden müsse für Europa die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sein“, schließen Fetzer, Protzmann und Piesold gemeinsam.